

KREIDEKREIS

8/2011

Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

Bildungsvolksbegehren und BMHS Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben.

Einige versuchen BMHS-LehrerInnen vom Unterschreiben des Bildungsvolksbegehrens (3.-10.11. am Gemeindeamt, bitte hingehen!!!) abzubringen, weil im Text das Hinausschieben von Bildungsentscheidungen nach Ende der Schulpflicht gefordert und so angeblich die erste BMHS-Klasse abgeschafft wird.

Wir wollen kein Totreden der BMHS!

Die ÖLI-UG hat von Anfang an gesagt, dass wir nicht alles gutheißen, was im Volksbegehren steht. Aber ich muss auch nicht alles gutheißen, was im Lehrplan steht und trotzdem unterrichten. Und es ist sinnvoller, wählen zu gehen, auch wenn ich keine Partei finde, die nur Inhalte vertritt, mit denen ich 100%ig übereinstimme. Dieses Volksbegehren ist die Chance, den PolitikerInnen mit der Unterschrift zu zeigen, dass wir

mehr Geld für die Bildung brauchen!

Nun aber zu den Horrorgeschichten, die in diesem Zusammenhang über die BAKiPs erzählt werden:

In keinem Text des Bildungsvolksbegehrens steht eine Abschaffung der BAKiPs. Im Gegenteil: Durch die von vielen Seiten geforderte höhere Qualifizierung für KindergartenpädagogInnen (z.B. Bachelorstudium) ergeben sich durch entsprechende Anrechnung der BAKiP-Matura gute Möglichkeiten für die BAKiP-AbsolventInnen und werden so wohl auch die BAKiPs attraktiver. Andererseits ist die höhere Qualifizierung für KindergartenpädagogInnen im internationalen Vergleich ein Muss (Österreich und Malta sind die letzten Länder, die (auch) KindergartenpädagogInnen nicht auf tertiärer Ebene ausbilden). Und sie ist ein Muss vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Hirnforschung der

letzten 10 Jahre (z.B. Manfred Spitzer).

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse bezüglich kindlicher Entwicklung verändern den Blick auf Bildung, Erziehung und Betreuung fast täglich. Wenn PädagogInnen nicht gelernt haben, sich und ihre Arbeit im wissenschaftlichen Kontext zu sehen sowie aktiv in diesem Prozess zu agieren, wird Österreich im elementaren Bildungsbereich, der die Basis jedes Bildungsweges darstellt, zum Schlusslicht der Bildungsstaaten.

Übrigens betont Sektions-Chef Kurt Nekula im am 25.10. im ZA-BMHS eingelangten Antwortschreiben, „das BMUKK beziehe die BAKiPs im Rahmen der neuen PädagogInnen-Ausbildung in die Planung ein und sichere die Anrechnung der BAKiP für die PH.“

Gary Fuchsbauer,
Stv. Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft

editorial

Liebe KollegInnen! Ich hoffe, ihr seid alle voll Elan im neuen Schuljahr und lasst euch nicht von Hindernissen im pädagogischen Eifer aufhalten! Einige Stolpersteine, die uns LehrerInnen in den Weg gelegt werden, sprechen die AutorInnen dieses Kreidekreises an. Arbeiten wir gemeinsam für eine immer bessere Schule - selbst wenn es im Einzelnen immer wieder Meinungsverschiedenheiten gibt. So wie auch zum Bildungsvolksbegehren. Ich hab's trotzdem unterschrieben. Bis 10. November ist noch Gelegenheit dazu. Weitersagen.

An diesem letzten Tag des Bildungsvolksbegehrens endet auch der GÖD-Bundeskongress, die alle fünf Jahre stattfindende viertägige Versammlung von fast 700 Delegierten. Bist du Gewerkschaftsmitglied? Hast du jemanden delegiert? Kennst du Delegierte? Nein? Naja, GÖD und direkte Demokratie... Auch Gehaltsabschlüsse werden in der GÖD nie zur Abstimmung vorgelegt. Und es gibt auch pädagogische Themen in diesem Kreidekreis. Viel Freude mit euren SchülerInnen wünscht

Gary Fuchsbauer
ÖLI-UG – Bundeskoordinator

Mit www.oeli-ug.at aktuell informiert Papierkreidekreis gibt's nur alle paar Monate!

Wir können weder einen regelmäßigen Großauflagekreidekreis noch einen eigenen Internetredakteur bezahlen. Aber ihr könnt immer wieder Aktuelles/Interessantes auf www.oeli-ug.at finden, z.B. in www.oeli-ug.at unter „News“:

- 27.10.2011: Deutscher Schulpreis für Gesamtschule in Göttingen. Schwache sitzen neben guten SchülerInnen, so profitieren alle voneinander: derstandard.at/1319181159376/Deutscher-Schulpreis-Hochbegabte-und-Behinderte-an-einem-Tisch
- 8.10.2011: Wie wir mit „Nicht-Wettbewerbsfähigen“ umgehen sollten und wie prinzipiell eine Neuausrichtung der Volkswirtschaften aussehen könnte. Josef Hoppichler, UG-Mandatar im Landwirtschaftsministerium, im Standard-Gastkommentar
- 21.9.2011 profil: Denkfehler. Was die Lehrer falsch machen und wie man richtig lernt. Wie das österreichische System versagt. Die Wissenschaft fordert rasche Konsequenzen aus ihren Lern-/Gehirnforschungsergebnissen

- 30.8.2011: ÖLI-UG zur Begutachtung des Entwurfes der Novellierungen zur „Oberstufe neu“. Einführung zusätzlicher Unterstützungsstrukturen wird begrüßt. Aufwand (Lernbegleitung, Klassenvorstand) ist in die Lehrverpflichtung einzurechnen. PV ist einzubinden.
- 29.06.11: Erfreuliches aus der Schule. Ausführliche Reaktion eines Lehrers auf einen miesen Artikel im „profil“. Wahrhaft lesenswert.
- 18.06.11: Schulzeitverkürzung - Warum müssen Kinder sonntags büffeln statt Freunde zu treffen? Im „Zeit“-Artikel gehts zwar ums Nachbarland. Doch das meiste stimmt auch für Österreich. Aber auch ein Papier mit Diskussionsanstößen der ÖLI zum Dienstrecht (www.oeli-ug.at/Dienstrecht.pdf) bzw. interessante Links wie z.B. www.bmukk.gv.at/schulen/recht/erk/nms_entw.xml, wo ihr euch die Unterlagen zu den geplanten Gesetzesänderungen zur Neuen Mittelschule herunterladen könnt, sind zu finden.

Von der Freyheith eines Lehrermenschen

Bildungsprivatisierer haben andere Interessen als engagierte Lehrpersonen!



Wilfried Mayr
ÖLI-Vorsitzender
mayr@oeli-ug.at

Mit „Von der Freyheith eines Christenmenschen“ markierte Martin Luther 1520 eine geistesgeschichtliche Grenze zwischen Mittelalter und Neuzeit. In seinen Thesen postulierte er die Summe der christlichen Freiheiten.

Nun, ich möchte an dieser Stelle die Freyheith eines Lehrermenschen erörtern. Erinnern wir uns an unsere Arbeitsbedingungen vor rund dreißig Jahren: Damals gab es Lehr- und Methodenfreiheit in einem Rahmenlehrplan, innerhalb dessen die einzelnen Lehrkräfte selbstverantwortlich den Bestimmungen des Lehrplans folgten. So lange sich eine Lehrkraft darin bewegte, war dies ihr Fug und Recht, - zumindest theoretisch, solange kein Inspektor auftauchte und einen Nachhilfekurs in Weisungsrecht beistellte.

Eigenverantwortung war Erfolg

Festhalten möchte ich, dass es zu dieser Zeit keine Diskussionen über Lese- und Schreibunfähigkeiten eines beunruhigend hohen Anteils an Pflichtschul-AbgängerInnen gab. Pflichtschul-AbsolventInnen wandten sich einer Lehre zu oder besuchten weiterführende Schulen. Die einen lernten ein Handwerk und die anderen bereiteten sich auf ein Studium vor. Sämtliche heutigen Führungskräfte wuchsen in diesem Bildungssystem heran, ausgenommen vielleicht ein einziger

NEWS

Auf www.bmukk.gv.at/medienpool/20840/pbneu_endbericht.pdf finden Sie den aktuellen Stand zur Reform der PädagogInnenausbildung. Auf www.upl.or.at/wp-content/uploads/2011/06/Stellungnahme-der-UPL.pdf liegt die Stellungnahme der Universitären Plattform für Lehrer/innen/bildung UPL, www.upl.or.at. Weitere Neuigkeiten erfahren Sie unter www.oeli-ug.at.

heutiger Staatssekretär.

Mitgedacht wurde damals auch: So lud z.B. die Hauptschule Tragwein VertreterInnen der von den AbgängerInnen besuchten weiterführenden Schulen ein und erfragte, was sie sich von HS-AbgängerInnen an Vorwissen erwarteten. Zusätzlich wurden nach dem ersten Jahr an den weiterführenden Schulen die Jahresnoten der ehemaligen HauptschülerInnen und deren Relation gegenüber ihren neuen KlassenkollegInnen erhoben. Nebenbei, das Ergebnis war erfreulich.

Der Kernstoff als Korsett

Als BM Gehrler die Definition eines Kernstoffs ergänzte um Erweiterungsstoffe ankündigte, freute ich mich in der Hoffnung auf einen bestimmten bundesweiten Basislehrstoff, der die Schnittstelle zwischen Haupt- und weiterführenden Schulen optimieren könnte. Ich stellte mir vor, dass der Kernstoff etwa ein Drittel der zeitlichen Manövriermasse betraf. Geworden ist es etwas Anderes: In den so genannten Kernstoff wurde dermaßen viel hineingepackt, dass, nach realem Abzug von schulfreien Zeiten, Schikursen, Sport- und Wienwochen sowie Projekten, kaum mehr wirklich Raum für Erweiterungsstoff bleibt, es sei denn, man vernachlässigt die Sicherung jener Grundfertigkeiten, über deren Mangelhaftigkeit bei SchulabgängerInnen zunehmend geklagt wird. Aus einem Grundkonsens war ein Korsett geworden. Aber das war kein Zufall.

Bertelsmann-Stiftung: Einfluss auf Politik an Parlamenten vorbei

Im OECD-Raum hatte eine immer mächtiger werdende Lobby namens Bertelsmann Stiftung vorbei an allen Parlamenten nahezu überall ihren Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Bildungswesen durchgesetzt. Diese Stiftung, 1977 von Reinhard Mohn gegründet, hält knapp unter 80 % des Aktienkapitals der Bertelsmann AG, ihr gehören TV-Sender wie RTL und VOX sowie zahlreiche Zeitschriften des Verlags Gruner und Jahr, auch am SPIEGEL und Financial Times Deutschland ist Bertelsmann beteiligt. Stiftungen werden zur Steuerminderung gegründet. Während in den von der Bertelsmann Stiftung als wirtschaftliches Vorbild gepriesenen USA steuerbegünstigte Stiftungen einen maximalen Anteil von 20 % an Unternehmen halten dürfen, um möglichen Interessenskonflikten vorzubeugen, hält die Bertelsmann-Stiftung einen Anteil von drei Vierteln. Mohn hat durch die

Stiftung gut zwei Milliarden Euro Erbschafts- oder Schenkungssteuer gespart, die jährliche Dividenden-Zahlung an die Stiftung ist steuerfrei. Insofern gibt sie mit ihrem Jahresetat von rund 60 Millionen Euro nicht einmal annähernd soviel aus, wie sie den Fiskus kostete, wird kritisiert. Die Bertelsmann Stiftung vergibt nach ihrer Satzung keine Stipendien und unterstützt auch keine Projekte Dritter. Sie betreibt lediglich eigene Projekte, die sie für geeignet hält, die strategischen Ziele des Stifters zu fördern. Die Stiftung sieht sich zum einen als „Reformwerkstatt“, die einzelne Modellversuche konzipiert und umsetzt; zum anderen möchte sie durch Verbesserung der Beratungsqualität direkt Einfluss nehmen auf politische Entscheidungsträger. Über das „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE) und das „Projekt Selbstständige Schule“ nimmt und nahm die Bertelsmann Stiftung auch Einfluss auf die Bildungspolitik (Bertelsmann mitinitiierte z.B. den „Bologna-Prozess“), über das Centrum für Krankenhaus Management auf die Gesundheitspolitik. Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft zeigt beispielhaft ein wissenschaftlicher Partner der Bertelsmann Stiftung, das „Centrum für angewandte Politikforschung“ (CAP) (zit. Wikipedia). BRD-Premiers wie Gerhard Schröder („Hartz-IV“-Erfinder und jetzt Gas-Lobbyist) und Angela Merkel ließen und lassen sich hier beraten, der Einfluss des Verhaltens der WählerInnen wird so ausgeschaltet.

Bertelsmann: Mit Nestlé AG und Schlüssel gegen staatliche Verantwortung

Neben der Stifterfamilie sitzen zwei weitere Herren im Vorstand, die Stiftung wird von einem Kuratorium „überwacht“, in dessen Mitte Platz ist für Leute wie den Generaldirektor der Nestlé AG und Wolfgang Schüssel.

„So wenig Staat wie möglich“ ist ein Ziel, weiters sei es in der Sozialversicherung nötig, binnen zehn Jahren die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen und Sozialhilfe weiter einzuschränken. Die Kürzungen in der Sozialhilfe wiederum minderten automatisch den damit verbundenen Mindestlohn. Sinke der Mindestlohn, dann diene dies laut Bertelsmann einerseits der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, andererseits der Sanierung der Staatsfinanzen. Die Senkung der übrigen Löhne um 15 Prozent und die Reduzierung des Kündigungsschutzes erlaube es Unternehmen, mehr ArbeiterInnen und Angestellte einzustellen

und damit die Arbeitslosigkeit zu dämpfen. Die Lohnnebenkosten sollten mittelfristig vom Unternehmer ganz auf den Arbeitnehmer übertragen werden. Ist jetzt klar, welch Geistes Kind die Bertelsmann Stiftung ist? Und warum die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter auseinander geht?

Mit Rankings und Evaluationen die freie Bildung ausgehebelt

Seit den 80-er Jahren werden die Vorstellungen von Bildungszielen per Öffentlichkeitsarbeit verändert, die bis dahin geltenden (Humboldt'schen Bildungsideale) verunglimpft. Mit selbst erstellten Rankings werden Bildungsinstitute unter Druck gesetzt, potentielle GegnerInnen dieses neoliberalen Systems durch gegenseitiges Ausspielen auseinanderdividiert. Demokratie wird ständig abgebaut. So wurde z.B. die „Bologna-Erklärung“ 1999 von einer Kerngruppe von Ministern und politischen Beamten unterzeichnet. Universitäten sollten Ort „arbeitsmarktbezogener Qualifizierung“ werden und sind auf dem besten Weg, es per Unterdotierung zu werden. Erwünschte Einrichtungen wie Fachhochschulen werden von den Bertelsmann-beratenen EntscheidungsträgerInnen ausreichend finanziert. Kommen Ihnen Begriffe wie „Evaluationen von Lehre und Forschung, Qualitätssicherungsverfahren, ergebnisorientierte, effiziente Leitungs- und Managementstrukturen“ von Bildungseinrichtungen bekannt vor? Die PISA- und ähnliche Tests sind deren Metastasen im Pflichtschulbereich. Es wird so lange getestet, bewertet, gerankt, „qualitätsgesichert“, bis das herauskommt, was sich die steuergeschonten Herrschaften zu ihrem Vorteil wünschen.

Big Brother ist jetzt!

Mit der „Freyheith der LehrerInnen“ ist das alles natürlich nicht vereinbar. Wir sollen immer mehr in ein Korsett gezwungen werden, um die Heranwachsenden im Sinn jenes Finanzsystems zu formen, welches spätestens seit 2008 seine Auswirkungen zeigt und die Weltwirtschaft schwerstens bedroht. „Antiterrorgesetze“ schränken die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten auch westlicher BürgerInnen zunehmend ein, Orwells „1984“ lässt schön grüßen. Stehen wir an einer historischen Grenze zurück in mittelalterliche Abhängigkeiten?

Wir LehrerInnen sind die wahren BildungsexpertInnen und nicht jene propagierten, die die Ziele kurzfristigen Profits unterstützen! Wehren wir uns, wo immer es geht, informieren wir die KollegInnen, fordern wir Mitsprache ein, zeigen wir Rückgrat!

Die GÖD und die Demokratie - eine „Unendliche Geschichte“



Gary Fuchsbauer
fuchsbauer@oeli-ug.at
0680 212 43 58

Unabhängige GewerkschafterInnen fordern von der „schwarzen“ GÖD demokratische Mitbestimmungsrechte für parteiunabhängige Gewerkschaftsarbeit. UGöd nominiert Reinhart Sellner für den GÖD-Vorstand

Minderheitenrechte sind demokratische Grundrechte. In der „schwarzen“ GÖD ist das allem Anschein nach anders. Die Ausgrenzung der Unabhängigen GewerkschafterInnen aus dem Vorstand und damit das Vorenthalten von Information und Mitarbeitsmöglichkeiten im Interesse aller KollegInnen soll auf dem GÖD-Kongress (7.-10.11.2011) weitergehen. „Schwarz“ und „rot“ wollen unter sich bleiben, damit alles in der GÖD bleibt, wie es ist. Aber:

Gewerkschaften sind ihrem Selbstverständnis nach demokratische Grundrechts-Organisationen der ArbeitnehmerInnen, sie arbeiten überparteilich, sachorientiert und solidarisch, und die GÖD ist nicht Privateigentum von Parteien

und kein Selbstbedienungsladen für machtbewusste Funktionäre. Wie der ÖGB steht auch die GÖD vor großen Herausforderungen – sie wird sich ihnen stellen müssen, so oder so!

Überparteiliche Gewerkschaftsarbeit, Zusammenarbeit aller engagierten GewerkschafterInnen ist auch im öffentlichen Dienst ein Gebot der Stunde. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise geht es darum, die von der SPÖ-ÖVP-Regierung betriebene Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung und speziell auf die öffentlich Bediensteten zu stoppen. Das fortgesetzte Sparen bei längst notwendigen Bildungsinvestitionen, vom immer noch unzureichenden Angebot an Kindergärten über seit 15 Jahren „geSparpaketete“ Schulen bis zu den finanziell ausgehungerten Universitäten, muss gestoppt werden. Solidarisch mit dem ÖGB und den anderen

Fachgewerkschaften wird die GÖD die Kampfbereitschaft aller KollegInnen brauchen, um das weitere Aushöhlen des Sozialstaates und seiner Verwaltung zu verhindern.

Beim Gewerkschaftskongress sollten Themen wie

- GÖD u. Budget/Finanzrahmengesetz
- „Rettungsschirm“ gegen die Krise
- Konjunkturpaket Bildung, Soziales, öffentlicher Dienst
- Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst
- GÖD und Bildungsvolksbegehren

im Vordergrund stehen. Wenn die GÖD aber unter Gewerkschaftsdemokratie weiterhin Machterhalt durch Rechen-tricks versteht, werden wir auch das thematisieren:

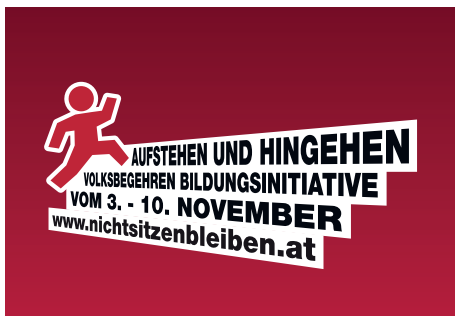
- Entgegen GÖD-Geschäftsordnung § 5 (2) wurden (Stand: 27.10.) 4 der 8 unabhängigen GÖD-Bundeskonferenzmitglieder nicht als Delegierte zum Kongress eingeladen.
- Obwohl die UGÖD in Salz.B.urg stark ist und eine Vertreterin im Landesvorstand hat, darf kein/e unabhängige/r Salz.B.urger/in zum Kongress
- Obwohl selbst die GÖD-Zahlen laut Organisationsreferent Aiglspurger für uns Unabhängige GewerkschafterInnen das 14. GÖD-Vorstandsmandat (von 18) ergeben, will die GÖD Reinhart Sellner, UGÖD-Vorsitzender, entgegen GÖD-Geschäftsordnung § 3 (3) nicht in den Vorstand wählen.
- Obwohl nach GÖD-Geschäftsordnung § 3 (3) alle Organe der GÖD nach dem Stärkeverhältnis aller WählerInnenengruppen, die mindestens 5% erreichen, zusammensetzen sind und laut GÖD die UGÖD 6,57% repräsentiert, sind nur 9 Delegierte (1,4%) am Bundeskongress von uns Unabhängigen, aber 440 von der FCG und 202 von der FSG.

Nach wie vor gibt es keine Transparenz in der Ermittlung der Stärkeverhältnisse in der GÖD. Einzig die PV-Wahlen von 2009 sind in ihrer Gesamtheit bekannt: FCG: 101.344 Stimmen, 55,9%. FSG: 51.939, 28,6%, Unabh.Gew.: 15.521, 8,6%. Ohne Details nennt die GÖD nun folgende Gesamtzahlen: FCG: 171.983 Stimmen, 62,8%. FSG: 83.759, 30,8%. UG: 17.421, 6,6%.

Warum die UG, die doch bei den Ausgliederten (ohne PV-Wahlen) so stark ist, insgesamt 2% weniger hat als bei den PV-Wahlen, bleibt ein Rätsel.

Die ÖLI-UG zum WeltlehrerInnentag 2011:

Gleichberechtigung, das Menschenrecht auf Bildung
und die Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens – 3.-10. November 2011



Der WeltlehrerInnentag 2011 stand unter dem Motto „LehrerInnen für Gleichberechtigung“ - das gilt für Lehrerinnen und Lehrer, wenn es um Schulleitungsposten geht und ebenso für SchülerInnen und Schüler, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, unabhängig von Muttersprache, Einkommen und Bildungsabschlüssen der Eltern.

Das Bildungsvolksbegehren kann ein Impuls sein, bestehende Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden und die verantwortlichen PolitikerInnen in Regierung und Parlament zur Abkehr von

der herrschenden Ungleichbehandlung und dem restriktiven Bildungsbudget des Finanzrahmengesetzes zu bewegen:

Liebe KollegInnen!

“Get up, stand up, stand up for your rights!“ sang Bob Marley gegen soziales Unrecht. Für uns LehrerInnen in Österreich heißt das: Für eine ausreichend und öffentlich finanzierte demokratische, sozial-integrative österreichische Schulreform aufstehen, von 3.-10. November aufs Gemeinde- oder Bezirksamt hingehen und das Bildungsvolksbegehren unterschreiben. Jede/r persönlich. In echt!

- Weil das österreichische Schulsystem die Gleichberechtigung aller Kinder und Jugendlichen noch immer nicht gewährleistet!
- Weil Herkunft und Status in hohem Maß Bildungschancen und Zukunft der in Österreich heranwachsenden jungen Menschen vorherbestimmen!
- Weil individuelle Förderung in über-vollen Klassen und ohne StützlehrerInnen (z.B. für nicht-deutschsprachi-

ge Kinder) nicht verwirklicht werden kann!

- Weil ein gemeinsames demokratisches Dienstrecht aller LehrerInnen und attraktive Einstiegsgehälter notwendig und überfällig sind!
- Weil universitäre wie praktische Ausbildung aller LehrerInnen für alle Schulstufen und Schultypen und auch für KindergärtnerInnen immer noch fehlt!
- Weil Österreich ein reiches Land ist, und Bildungsinvestitionen für jede und jeden und für die Gesellschaft als Ganzes notwendige und dazu noch krisensichere Zukunftsinvestitionen sind!

Für die Österreichische LehrerInneninitiative ÖLI-UG - Unabhängige GewerkschafterInnen in der GÖD (UGÖD)

APS: Gaby Bogdan, Barbara Gessmann-Wetzinger, Andreas Chvatal, Wilfried Mayr; **AHS:** Ingrid Kalchmair, Christian Schwaiger, Reinhart Sellner; **BMHS:** Katharina Bachmann, Peter Steiner, Gary Fuchsbauer; **BS:** Dietmar Mühl

NMS, WMS, KMS, NWMS, AHS, SMS, MMS, ...

Die Sekundarstufe auf dem Weg zur gemeinsamen Schule!



Helmut Breit
apfl-ug Personalvertreter 4.IB
breit@oeli-ug.at

Jetzt scheint es also fix zu sein. Alle Wiener Kooperativen Mittelschulen (KMS) sollen in den nächsten Jahren in „Neue Mittelschulen“ (NMS) umgewandelt werden.

Bei einer Dienstbesprechung mit den StandortkoordinatorInnen der KMS am 29.9. gab LSI Wolfgang Gröpel den vorläufigen Plan der Umstellung bekannt. So soll in vier Jahresetappen die NMS in Wien eingeführt werden, die bisher bestehenden 22 „Wiener Mittelschulen“ sollen als Wiener Spezifikum bestehen bleiben.

Als Ursache für die vierjährige Einführungsphase nannte er die zusätzlichen Kosten, die der Bund zu tragen hat

und die offensichtlich nicht auf einmal zu finanzieren sind. Dabei handelt es sich um 6 zusätzliche LehrerInnenstunden pro NMS-Klasse.

So weit, so schlecht. Wieder einmal rückt eine gemeinsame Mittelstufe für alle Kinder in noch weitere Ferne. Es glaubt wohl nur mehr Fr. BM Schmied, dass die flächendeckende Einführung der NMS ein Schritt in Richtung gemeinsamer Schule darstellt, in Wahrheit wird damit ein zusätzlicher Schultypus geschaffen, das Gymnasium bleibt einzementiert sowie es die ÖVP wünscht.

In Wien wird es daher in den nächsten Jahren im Bereich der 10- bis 14-Jährigen insgesamt vier verschiedene Schultypen geben (NMS, WMS, KMS, AHS), zählt man die Sonderpädagogischen Zentren dazu, sind es sogar fünf.

Das viel zitierte Auswechseln der Türschilder (von KMS auf NMS) gehört schon genauso zur bildungspolitischen Unsinn wie das Einführen eines „neuen“ Schulprojekts ohne entsprechende Vorbereitung. Gab es vor und während der Einführung der WMS immerhin Ausbildungsschienen für LerndesignerInnen, Lerncoaches und NahtstellenbetreuerInnen, so wie ein recht umfangreiches

Fortbildungsangebot und Supportsystem (PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, VolksschullehrerInnen), so wird all dies bei der NMS aus Kosten- und Zeitgründen nicht möglich sein.

Ein weiterer Bestandteil der WMS ist die Ganztagsbetreuung, die aber eine aufwändige Adaption der Schulgebäude erfordert, wobei es in vielen, sehr alten Schulen Wiens ohnehin ein fragwürdiges Unterfangen wäre, Kinder dort den ganzen Tag in ein und demselben Raum zu „betreuen“. Eine qualitätsvolle, ganztägige Schulform sieht jedenfalls anders aus.

Es bleibt abzuwarten, ob die Motivation zur Umstellung, nämlich die sechs zusätzlichen LehrerInnenstunden finanziert zu bekommen, die Nachteile dieser neuerlichen Reformkosmetik aufwiegt, oder ob man sich damit nicht wieder ein Stück weiter von der Gesamtschulidee entfernt.

Betrachtet man die so genannten Reformen der letzten 25 Jahre im Bereich der Mittelstufe („Neue Hauptschule“, Schulversuch „Neue Mittelschule“, „Kooperative Mittelschule“), so ist leider zu befürchten, dass dies ein weiterer Baustein zur Einzementierung des weltweit selektivsten und unsocialsten Bildungssystems darstellt.

UG fordert 5% Gehaltserhöhung, mindestens aber 150 Euro!

Verhandlungen bitte ohne Päckelei und Ergebnis ohne Einmalzahlung!

Der Dienstgeber hat die Kaufkraft der öffentlich Bediensteten, insbesondere der von der Teuerung besonders hart betroffenen kleinen und mittleren Einkommensgruppen zu erhalten, sowie die Mehrbelastung und Leistungssteigerungen im öffentlichen Dienst abzugelten. Die als notwendige Maßnahmen zur Krisenbekämpfung ausgegebenen Einsparungen im öffentlichen Dienst sind kein Argument gegen berechnete Gehaltsforderungen - vielmehr drohen die Einsparungen den konjunkturellen Abschwung noch zu verstärken - nicht nur in Griechenland:

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen fordern das Verhandlungsteam der GÖD auf, offen und öffentlich wie die Metaller mit realistischen, den Bedürfnissen und Leistungen der KollegInnen angemessenen Forderungen in die Verhandlungen mit dem Dienstgeber zu gehen und für diese mit allen gebotenen gewerkschaftlichen Mitteln zu kämpfen.

5% für Inflationsabgeltung, Leistungs- und Produktivitätszuwachs - Mindestbetrag 150 Euro!

Für die UGöD steht die volle Abgeltung der gestiegenen Lebenskosten,

der Erhalt der Kaufkraft (Inflationsrate 2011 3,4%) und die Anerkennung der von den DienstnehmerInnen erbrachten Leistungen für die österreichische Bevölkerung und die österreichische Wirtschaft - entsprechend dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs - auf der Tagesordnung.

Unzureichende Budgetvorgaben der Bundesregierung sind nicht in Stein gemeißelt, das Budgetrahmengesetz ist kein Naturgesetz, sondern Gegenstand der Verhandlungen.

Die KollegInnen im öffentlichen Dienst und den Ausgegliederten haben ein Recht darauf, die Forderungen ihrer Gewerkschaft zu kennen - sie haben genug von einem Lizitationstheater hinter verschlossenen Türen samt rituellen Verhandlungsmarathons, die am Schluss ein Ergebnis bringen, das sich an dem von der Bundesregierung vorgegebenen und von der GÖD-Spitze stets akzeptierten Budgetrahmen orientiert und nicht an den Interessen der DienstnehmerInnen.

Das Angebot der Unternehmer an die Metaller lag zuletzt bei 3,65 Prozent

plus 200 Euro Einmalzahlung. Der Mindestlohn der Metaller liegt - laut ORF - derzeit bei 1.515 Euro brutto. Zum Vergleich: Der Mindestlohn im LehrerInnenschema liegt 2011 bei 1473,80 Euro, im Exekutivdienst bei 1433,70 Euro, beim Militär bei 1388,80 Euro, für WachebeamtenInnen bei 1351,40 Euro, in der allgemeinen Verwaltung und bei HandwerkerInnen im öffentlichen Dienst gar nur bei 1243,70 Euro.

Mittlerweile haben die MetallerInnen nach erfolgreichen Streiks und Verhandlungen im Schnitt eine 4,2%-Erhöhung bekommen, die niedrigen Lohngruppen noch mehr. Außerdem haben sie die stattdessen angebotenen Einmalzahlungen verhindert.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD unterstützten die offene Verhandlungsführung der Gewerkschaften PROGE und GPA-djp und erwarten von ihrer Gewerkschaft, der GÖD, ähnliche Erfolge!

Rückfragehinweis:

Vorsitzende der UGöD

Reinhard Sellner, sellner@oeli-ug.at, 0676 343 75 21, und Beate Neunteufel-Zechner, beate.neunteufel-zechner@oenb.at, www.ugoed.at

Ab 2018 gibt's keine Hauptschulen mehr!?

Wolfgang Stonitschs Glosse

Eine drohung, eine warnung, eine hoffnung, alles bleibt beim alten ! Schule wird flickwerk bleiben und so gesellt sich zur europäischen schulden-, banken- und politikkrise auch die österreichische bildungskrise, denn es hat doch jedes eu-land seinen röm. kath. anspruch auf eine eigene, hausgemachte krise.

Denn was niemand weiß, sich aber jeder denkt, ist, dass europas politikerrinnen auf den großen sieg im europäischen politikformat „europa sucht den krisenstar“ hoffen. Ihn zu erringen, lässt sie vor nichts zurückschrecken.

Absichtlich fördern sie die spekulanten mit steuergeldern, werfen den hedgefoundern ihre letzten noch nicht erwirtschafteten milliarden nach, und das alles nur, um der jury zu gefallen, die aus an das system angepassten globalisierungseuphorikern besteht.

Da setzt österreich halt auf etwas, das in fünf jahrzehnten zu lichten höhen der unfähigkeit geführt hat, auf die bildung. Da kann ja wirklich nichts mehr schief gehen, was nicht schon schief gegangen ist.

Man hat systemimmanente fehler durch reformen, die keine waren, so aufge-

bläht, dass man ganze lehrerinnengenerationen in den rachen der öffentlichen meinung schickte.

Wenn man jetzt erst vom „schloss“ wilhelminenberg und seiner tollen pädagogik der damaligen zeit hört, so weiß man wie lange es dauert, dass einmal etwas geschieht.

Alle zeigen jetzt auf die in der tat schrecklichen täterinnen, doch lasst uns eins nicht vergessen, all das war nur möglich, weil die hitlerei noch nicht so lange vorbei war, der man in vielen lehrkörpern, erzieherinnen und priestern bis ende der siebziger jahre in die grausame frätze starrte. Diese armseiligen waren ein produkt ihrer zeit, von den menschen ihrer zeit dazu gemacht und wurden deshalb auch nicht zur rechenschaft gezogen, weil sie „nichts falsch“ gemacht hatten.

Totalitäre regime, wenn sie lange genug dauern, wie habsburgerreich, diktatur und nazismus, brauchen eben jahrhunderte, bis sich ihr fatales erbe verliert. Vielleicht auch deshalb brauchen schwarzrückchen und rotbäckchen jetzt die neue mittelschule, womöglich in 9 verschiedenen ausformungen und

hundertn verschiedenen auslegungen, damit sie alle ihre direktorinnen, inspektorinnen, regionalmanagerinnen, landesschulinspektorinnen, fachinspektorinnen, präsidentinnen, bundesräte, abgeordnete und ministerinnen zufrieden stellen können. Denn sie alle wurden schon von unserer großen ahnfrau „maria theresia“ eingesetzt und die muss es ja von ihrem leibarzt gewusst haben, wo es not tut.

Damit sich alles ändert, was so nicht zu ändern ist.

Aber es brauchen auch die grünwürmchen endlich einmal ein feld, das ihnen ermöglicht, das zu tun, was eigentlich vor 25 jahren ihre hauptaufgabe war: nein zu sagen zu entwicklungen, die falsch sind! Neinsager sind weissager, wenn sie nicht nur um des verneinens willen nein sagen.

Zu den blausocken und orangejacken fällt mir wenig bis gar nichts ein! Doch gibt eine neue meldung hoffnung – eine neue partei will sich finden: da gibt's wieder einmal ein paar junge, die wollen's wieder wissen und wer weiß, vielleicht ist es schon zeit für was neues, besseres, anderes...

„Erst reden, dann lesen“

Leseweche am Beginn eines Schuljahres falsch terminisiert!



Trixi Halama
Personalvertreterin, Wien 5.IB
halama@oeli-ug.at

„Mit der „Startwoche Lesen“ beginnen wir die zweite (!!) Woche eines Schuljahrs In allen Wiener Hauptschulen sowie AHSen (5!!! Schulstufe) ... Jedes Kind muss gut lesen können. Das ist die Aufgabe der Schule!“, so Wiens Amtsführende Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl zum Auftakt der „Startwoche Lesen“ ... Stationenbetrieb, Bewegtes Lesen, freie Lesezeit, Bibliotheksralley, Leseausflug, Gemeinsame Jause ...! Siehe auch unter <http://www.stadtschulrat.at/aktuell/detid165>

Ja, Lesen ist wichtig! Nur, wie bitte soll das, in der völlig neuen, nicht vertrauten Umgebung – in einer unbekanntem Schule mit all den fremden Menschen möglich sein? Wer kann schon lesen, wenn er sich fremd und vielleicht sogar ein wenig ängstlich fühlt? Wer will schon lesen, wenn es doch so viele Fragen gibt? Wer sind die neuen MitschülerInnen, die vielen LehrerInnen? Wer sitzt da, neben mir? Er nervt und nimmt dauernd meine Sachen weg. Wann kann ich das wem sagen? Was darf ich hier und was ist nicht erlaubt? In der ersten Schulwoche wurden viele Zettel ausgeteilt und eingesammelt, Bücher und Hefte wurden ausgegeben. Nun soll ich lesen, obwohl ich so neugierig war, auf meine neue Klasse. Gibt es hier Freunde oder FreundInnen? Ich weiß es nicht, denn es gab bisher keine Zeit einander kennen zu lernen. Bücher und Arbeitsblätter – ich kann mich nicht konzentrieren, denn es gibt so viele Fragen – und meine Bücher geben darauf keine Antworten. Meine große Schwester hat mir von einer Kennenlernwoche erzählt. Da hat sie sehr schnell eine Freundin gefunden. Bücher sollen auch Freunde sein, aber ich hätte gerne jemanden zum Reden.

Die „Startwoche Lesen“ soll eine Maßnahme zur Förderung der Lesekompetenz sein. Denn die Ergebnisse des Wiener Lesetests waren ernüchternd. Bis zu zwei Drittel unserer KMS-Schulanfän-

gerInnen verfügen nur über rudimentäre Lesekenntnisse.

Doch wie bitte sollen die dafür genannten Beispiele zur Durchführung der Leseweche (Stationenbetrieb, Leseausflug, gemeinsame Jause, Bibliotheksralley...) organisiert werden, wenn die dafür notwendigen Strukturen noch nicht vorhanden sind? Ein Leseausflug ohne vorher über das richtige Verhalten im Straßenverkehr gesprochen zu haben? Das erscheint uns geradezu fahrlässig. Eine gemeinsame Jause – mit Kindern für die „Esskultur“ oft ein Fremdwort ist? Eine Bibliotheksralley in der sorgfältig geordneten schuleigenen Bibliothek? Ohne entsprechende Einführung? Ob da wohl nachher irgendwer noch das gewünschte Buch findet?

Sinnerfassendes Lesen als aktiver Aneignungsprozess erfordert Konzentration und Lernbereitschaft.

Wenn die Bedingungen dafür nicht vorhanden sind, wenn auf die neugierige Erwartungshaltung der Neuankömmlinge mit Lesen geantwortet wird, verkommt Leselust zum Lesefrust!

Österreichische BildungspolitikerInnen streben nach einem besseren PISA Ergebnis. Das finnische Unterrichtsprinzip „hyvinvointi“ sollte dabei beherzigt werden. „Schon immer war hyvinvointi, also das Wohlbefinden der Schüler und aller, die an schulischer Arbeit beteiligt sind, der Mittelpunkt der schulischen Arbeit. Denn wer sich nicht wohl fühlt, kann nicht lernen...“ Wohlfühlen ist also Grundlage für leichteres Lernen und hängt vom Umgang miteinander ab – für die Schaffung der dazu notwendigen Rahmenbedingungen war in diesem Schuljahr leider keine Zeit.

Das Resümee der KollegInnen ist, dass diese Lesestartwoche immensen Stress mit sich brachte.

Die Vorbereitungs-/zeit und auch die entsprechenden -/möglichkeiten waren unzureichend vorhanden. Brauchbare Information und Unterrichtsmaterialien zum Leseprojekt (je Standort ca. 1 Heft) gab es nur für „auserwählte LesedidaktikerInnen“.

An vielen Schulstandorten fehlten in der ersten Schulwoche noch LehrerInnen und so war eine gemeinsame Planung unter Einbindung aller am Projekt beteiligten KollegInnen vielerorts nicht möglich. Der administrative und pädagogische Mehraufwand zu Schulbeginn gekoppelt mit der Organisation der Lesestartwoche und last but not least, das „Kennenlernen“ von ca. 25 Kindern und

deren Eltern hat bei vielen KollegInnen unnötigen Stress verursacht. Interessant wäre es zu sehen, wie die Damen und Herren der Schulaufsicht den Auftrag, diesem „Projekterlass“ unter Einbindung aller KollegInnen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch und unter besonderer Rücksichtnahme der Bedürfnisse der SchulanfängerInnen Folge zu leisten, erfüllt hätten!

„hyvinvointi“ ist ein Fremdwort – und es entsteht der Eindruck, dass unsere BildungspolitikerInnen nur zum Zwecke der Beruhigung oder ihres eigenen hyvinvointis wegen handeln. Die WählerInnen sollen medienwirksam sehen (Frau Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl zur „Leseoffensive“ im Wiener Bezirksblatt 29/2011 auf Seite 8), dass auf die unrühmlichen PISA-Ergebnisse reagiert wird. Ausbaden dürfen diese überstürzte und wenig durchdachte Aktion wir LehrerInnen und auch die, für deren Wohl gesorgt werden sollte, die Kinder!

Schade um diese gute Projektidee, die zur unerfreulichen „Husch-Pfusch“ Aktion verkommen ist! Der verordnete Zeitpunkt für die Lesestartwoche scheint von sehr praxisfernen Personen festgelegt worden sein – und das befremdet und ärgert!

Diskussion um Einsatz technischer Medien im Klassenzimmer entbrannt

24.10.2011 - Analog statt Digital: Waldorf-Boom in Silicon Valley - siehe www.presetext.com/news/20111024003

Auch der Hirnforscher DDR. Manfred Spitzer vertritt - untermauert mit Forschungsergebnissen - die These, dass SchülerInnen vor allem auch Bewegung zum Lernen brauchen - und zwar z.B. kompliziertere Fingerbewegungen als mit Joystick oder Tastatur.

So zeigte er z.B. zuletzt bei seinem Vortrag am 13.10. in der Wiener Stadthalle, dass bei Tests in Zusammenhang mit Zahlen Chinesen besser abschneiden als Europäer, weil erstere von klein auf lernen, Zahlen von 1-10 mit einer Hand zu zeigen (und nicht nur von 1-5 wie wir), oder dass die Fingerbewegungen beim Schreiben(lernen) wichtige Anregungen fürs Gehirn darstellen.

Spitzers aktuelles Buch: Medizin für die Bildung. Ein Weg aus der Krise. Bei Amazon z.B. ab 13,58 Euro.

Siehe auch LeserInnen-Rezensionen in www.amazon.de/Medizin-für-die-Bildung-Krise/dp/3827426774/ref=sr_1_2?ie=UTF8&qid=1319462927&sr=8-2

Zur OECD Studie „Bildung auf einen Blick 2011“

Ungereimtheiten im Zahlenmaterial betreffend Österreich!



Andreas Chvatal, Hauptschullehrer, aktiv für „apflug“ in Wien, ÖLI-UG Mandatar i. d. Bundesleitung d. Pflichtschulgewerkschaft, chvatal@oeli-ug.at

Teuer sei es, das österreichische Schulsystem, verglichen mit anderen Ländern. Die OECD Studie würde dies schwarz auf weiß beweisen. Dem hohen Ressourcenaufwand stünde jedoch ein nur untermittel-prächtiger Output gegenüber, welcher wiederum durch die PISA Studie unwiderlegbar besiegelt würde.

Dieser Zustand sei unhaltbar, es müssten entweder die „horrender“ Kosten zurückgefahren, oder bessere Ergebnisse aus den SchülerInnen herausgequetscht werden. Auf dass wir endlich bei PISA und OECD obsiegen mögen.

Die Quetscherei würde wohl nicht gut ankommen, gefälliger ist das Kosten-Zurückfahren, weil das in der Regel heißt, dass die LehrerInnen „endlich“ mehr arbeiten sollen. Damit sind Herr und Frau Österreicher fast flächendeckend einverstanden, und so können auch die vielen, in letzter Zeit prominent gewordenen SchulexpertInnen sich dieser Meinung nur vollinhaltlich anschließen.

Und da alles so klar ist, muss sich natürlich auch niemand überlegen, ob die OECD-Studie-Daten auch wirklich eine brauchbare Basis für Analysen und Reformvorschläge sind.

Würde dies doch jemand tun, so könnte sie/er leicht zu dem Schluss kommen, dass die Aussagekraft der Studie nicht eben hochkarätig ist.

Entscheidend ist, wie Daten der Studie erhoben(!) werden. Dies geschah zuletzt durch die OECD/INES-Erhebung 2010. Die OECD erfragt die Daten für die Studie von den teilnehmenden Ländern. Eine logische Vorgangsweise, vor allem angesichts der Größe und Komplexität der Datenmenge. Dadurch ergibt sich jedoch eine gewisse Fehleranfälligkeit. Denn, wie kann kontrolliert werden, ob die erfragten Daten immer stimmen?

Ich habe mich mit zwei Kapiteln der Studie, bei denen ich mich auskenne,

auseinander gesetzt und einige sehr seltene Ungereimtheiten gefunden.

Abbildung D 4.2 auf Seite 525 stellt die von Lehrkräften zu unterrichtenden (Zeit-)Stunden pro Jahr dar.

Die Werte für Österreich: Sekundarstufe I: 607 Stunden; Primarbereich (VS): knapp 800 Stunden.

Die OECD fragte nach 60-Minuten Stunden. Das stimmt bei den 607 Stunden für die Gruppe der AHS LehrerInnen. 20 Wochenstunden a 50 Minuten x 36 Wochen = 720 x 50 : 60 = 600 Stunden a 60 Minuten. Kleine Ungenauigkeit, ansonsten nachvollziehbar. (Anm.: Die HS kommt hier nicht vor.)

Die in der Abbildung für den Primarbereich (VS) angegebenen 800 Stunden sind offenbar direkt dem LandeslehrerInnen-Dienstrecht entnommen (792 A-Stunden für VS.)

Dies entspricht zwar den Erhebungsanweisungen der OECD, die im Primarbereich, „kurze Pausen in denen die Lehrkraft für die Klasse zuständig ist“ eingerechnet wissen will (Seite 528), lässt aber schon den Vergleich auch nur dieser beiden Werte fragwürdig erscheinen. Denn das heißt, für die AHS gilt nur die reine Unterrichtszeit in der Klasse und die VS darf Gangaufsichten im Ausmaß von fast 40 Stunden im Jahr dazurechnen! Reichlich merkwürdig, vor allem wenn bedacht wird, dass auch AHS LehrerInnen Gangaufsichten halten müssen.

Die weitere Lektüre der Erklärungen zur Abbildung D 4.2 auf Seite 527, letzte Zeile, rückt jedoch alles ins rechte Licht: „Einige Länder legten jedoch Schätzungen vor, die auf Befragungsdaten basieren.“ Die OECD hat also erhoben, was manche Länder aufgrund von Befragungen so geschätzt haben. Hochgradige erhebungsmäßige Präzision gewissermaßen.

Da dürfen wir stolz sein. Die österreichischen Werte sind – auch wenn es sinnlos ist, sie miteinander zu vergleichen – wenigstens nicht geschätzt. Was das für die Aussagekraft von Abbildung D 4.2 bedeutet, muss wohl nicht weiter ausgeführt werden.

Abbildung D 3.1 auf Seite 501 vergleicht die Gehälter der Lehrkräfte der Sekundarstufe I. Der Vergleich der höchsten und der niedrigsten Gehaltsstufe hat ohne Angaben über die Anzahl/Höhe/Dauer und der Stufen kaum Aussagekraft. Wenigstens die Durchschnitte aller Gehaltsstufen der einzelnen Länder hätten errechnet werden können. Mit dem Hinweis, dass die Gehaltsstufen in

den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind, hat sich die OECD nicht sehr bemüht.

Die Werte dieser Abbildung sind in USD angegeben und kaufkraftbereinigt, wodurch eine Umrechnung in Eurowerte kompliziert ist. Aber der prozentuelle Unterschied zwischen niedrigster und höchster Gehaltsstufe entweder von L1 (AHS) oder von L2a2 (APS) müsste mit jenem in der Abbildung übereinstimmen. Es geht ja um die Sekundarstufe I. Um es kurz zu machen, keiner von beiden passt.

Rechenprobe:

Vergleich des prozentuellen Anstiegs von der niedrigsten zur höchsten Gehaltsstufe:

Werte für Österreich i. d. Abbildung D 3.1: Höchste Gehaltsstufe: 63800 USD; Niedrigste: 35500 USD. Ergebnis: 35500 ist 55,4% von 63800.

Gehaltsschema L1: Höchste Stufe: 5060 Euro, niedrigste: 2107 Euro; Ergebnis: 2107 ist 42,14 % von 5060.

Gehaltsschema L2a2: Höchste Stufe 4113 Euro, niedrigste: 1884 Euro; Ergebnis: 1884 ist 45,9% von 4113. Gesamtergebnis: 55,4 % sind nicht 45,9% und schon gar nicht 42,14%.

Ich bin natürlich kein Experte, aber ein sorgfältiger Betrachter von Statistiken, und als solcher behaupte ich, in Abbildung D 3.1 einen Erhebungs- oder Übermittlungsfehler gefunden zu haben. Aber vielleicht rechnet mir ja jemand vor, dass ich mich geirrt habe.

Conclusio:

Ich habe mir zwei Kapitel der Studie genauer angesehen und in beiden Fehler/Ungereimtheiten gefunden.

Die Studie hat aber noch 30 weitere Kapitel, was die Frage aufwirft, wie viele Fehler, Ungereimtheiten, falsche Vergleiche und Angaben sowie wahrhaftige Schätzungen die Studie noch enthält?

Vielleicht ist ja eine auf Erhebungen basierende Studie wie „Bildung auf einen Blick“ doch nicht der allgemeingültige Stein der Weisen als der sie oft dargestellt wird? Als Grundlage für sachliche(!) Überlegungen über Schulreformen, abseits von reißerischer Einsparungslogik und Hetze gegen LehrerInnen, erscheint sie mir nur sehr bedingt geeignet.

SENSATIONELLE MATURAREISE!

Vom Fuße des Kilimandscharo bis nach SANSIBAR

Informationen auf meiner Website
www.kunst-gsund-sein.at - Afrika anklicken

Werbung

%attac Fragen zur Globalisierung

Workshops für LehrerInnen

Was sind Gemeingüter? Wie funktioniert Geld? Kann die Wirtschaft am Gemeinwohl orientiert werden? Auf diese brisanten Fragen in einer globalisierten Welt gehen die Attac Workshops ein.

Zielgruppen: LehrerInnen für/bzw. SchülerInnen ab 14 Jahren

Ziele: Information über globale wirtschaftliche Zusammenhänge und Aufzeigen konkreter politischer Alternativen. Ermutigung zum Aufspüren der Verflechtungen zwischen lokaler, regionaler und globaler Ebene und zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Ungleichheit.

Themen sind u.a. Gemeinwohlorientiertes Finanzsystem, Wirtschaft der kurzen

Wege, Energiesouveränität, gerechte globale Handelsregeln, faires Steuersystem, menschengerechte Arbeit, umfassende Demokratisierung, sozial und ökologisch nachhaltige Lebensmittel- und Agrarpolitik.

Methode: Die Vorträge und Workshops werden von geschulten ReferentInnen fächerübergreifend, multiperspektivisch und partizipativ durchgeführt mit der Schaffung von Reflexions- und Diskussionsräumen. Der konkrete Ablauf wird nach Wunsch individuell vereinbart.

Dauer für LehrerInnen: 1 Halbtage (3-4 Stunden).

Für SchülerInnen: Um komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge verständ-

lich zu machen, beinhalten unsere Workshops neben sachlichen Inputs interaktive Übungen, Filmausschnitte, Spiele und andere abwechslungsreiche Methoden. Die Workshops dauern je nach Wunsch zwischen 2 und 5 Stunden und können einen oder mehrere Themenblöcke beinhalten.

Kosten: wenn möglich € 60,-/Stunde und Fahrtkosten.

Kontakt: Attac Linz, linz@attac.at, Klaus Spöck, 0680 3128071. Nähere Infos: www.attac.at/workshop.html

Attac ist eine internationale Bewegung, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzt.

Wann werden Sie ÖLI-UG Mitglied?

Wir kämpfen gegen den Stillstand im österreichischen Bildungssystem, helfen Sie uns bitte!

Die Österreichische LehrerInnen Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie ist eine **parteionabhängige** Berufsvereinigung von LehrerInnen, die sich in Personalvertretung und Gewerkschaft, in ihrer Zeitung „Kreidekreis“ und in Veranstaltungen für die beruflichen Interessen der LehrerInnen einsetzt. Nach den letzten Personalvertretungswahlergebnissen repräsentiert die ÖLI 15% der LehrerInnen

(von 10% bei den LandeslehrerInnen bis 26% bei den BMHS-LehrerInnen).

Für ÖLI-Mitglieder, welche mindestens € 25,- /Monat Mitgliedsbeitrag per Dauerauftrag auf das ÖLI- PSK-Konto Nr. 78420 320, BLZ 6000 bezahlen wird auf Antrag eine Berufsrechtsschutzversicherung inkludiert. Der ÖLI-Mindestbeitrag gemäß Generalversammlung vom 03.10.2006 beträgt € 30,- /Jahr und ein Kreidekreis-Abo kostet € 7,- /Jahr.

Der ÖLI-Mitgliedsbeitrag kann unter "Beiträge zu Berufsvereinigungen" beim Jahresausgleich geltend gemacht werden d.h. Sie bekommen 43,2% zurück. Der Jahresbeitrag von € 360,- reduziert sich dadurch auf € 204,- netto (bei Monatsbrutto ab ≈ € 2.500,-).

Schreiben Sie uns einfach unter oeli@kreidekreis.net, wir werden Ihnen gern Informationen zusenden oder besuchen Sie uns unter www.oeli-ug.at.

Impressum

EHV: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie
4643 Pettenbach
Pflasterweg 7.
Redaktion: Josef Gary Fuchsbauer, Dietmar Mühl und die AutorInnen der Beiträge.
Papieraufgabe: 1.500
Der Kreidekreis i. d. Informations- u. Diskussionsorgan d. ÖLI-UG.
LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen sind willkommen!

CP IKS-Nr.:
267-53401-1010-1083
klimaneutral gedruckt
www.gutenberg.at

P.b.b. 4643 Pettenbach
(Verlagsort)
GZ 02Z030917M

P.S.K.		ERLAGSCHEIN - EURO	
		EUR	Betrag
Kontonummer EmpfängerIn	BLZ Empfängerbank	Empfängerbank	
7 8 4 2 0 3 2 0	6 0 0 0 0	P S K	
Empfänger Ö L I - Ö s t . L e h r e r I n n e n I n i t i a t i v e			
Unterschrift AuftraggeberIn - bei Verwendung als Überweisungsauftrag		Verwendungszweck	
		<input type="radio"/> Mindestmitgliedsbeitrag (30,-/Jahr) <input type="radio"/> Kreidekreis-Abo (7,-/Jahr) <input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag (30,-/Monat) (beinhaltet Kreidekreis-Abo und Rechtsschutz) <input type="radio"/> <input type="radio"/> Ich möchte Berufsrechtsschutz	
Kontonummer AuftraggeberIn	BLZ-Auftrag./Bankverm.	Telebanking: Name/Adr./Mail angeben	
AuftraggeberIn/EinzahlerIn - Name und Anschrift		<input type="radio"/> Bitte sendet mir eine Bestätigung für's Finanzamt	
		005	
		78420320> 10+	

ÖLI ZVR-Zahl 125480687 An:

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7

DVR: 0581518